

Peter Schinner

»Im Westen nichts Neues ...«

Psychologische Kriegsführung

als Reaktion auf die Gorbatschow-Initiative vom 15. Januar 1986

Einleitung

Am 15. Januar 1986 verkündete der Generalsekretär des ZK der KPDSU, Michail Gorbatschow, eine Abrüstungsinitiative, die nach den Worten des Abrüstungsexperten der SPD, Egon Bahr, der nicht gerade für pathetische und überschwängliche Rhetorik bekannt ist, eine »atemberaubende Perspektive« eröffnete. Es handelte sich dabei um ein 3-Stufen-Programm zur völligen Vernichtung aller Nuklearwaffen bis zum Jahr 2000, dessen erste Phase die Reduzierung des strategischen Atomwaffenpotentials der beiden Hauptnuklearmächte um die Hälfte beinhaltete und den völligen Abbau der Mittelstreckenraketen dieser Mächte in Europa. In der zweiten Phase ab 1990 sollten die verbleibenden Potentiale eingefroren sowie sämtliche taktischen Atomwaffen abgebaut werden. In der letzten Phase, ab 1995, schließlich würden die übrigen Kernwaffen beseitigt werden. Umfassende Kontrollmöglichkeiten wurden angeboten sowie eine völlige Beseitigung aller chemischen Waffen und eine Reduzierung konventioneller Waffen und Streitkräfte vorgeschlagen. Darüberhinaus wurde das einseitige sowjetische Atomtestmoratorium vom 6. Aug. 1985 noch viermal bis zum Januar 1987 verlängert.

Thema dieses Artikels ist die politische und medienpolitische Reaktion in den Natoländern auf die Gorbatschow-Initiative (im folgenden GI), wie sie sich mir in den Nachrichtensendungen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und Fernsehens der BRD dargestellt hat. Ich habe dazu die entsprechenden Beiträge der Hörfunksender SFB und Rias, sowie der beiden Fernsehanstalten ARD und ZDF in dem Zeitraum vom 15. Januar bis 31. März 1986 auf Tonkassette aufgezeichnet. Dieser Zeitraum fiel mit der ersten Frist für das einseitige sowjetische Atomtestmoratorium zusammen. Eine Verlängerung des Zeitraums der Untersuchung erschien mir damals nicht notwendig, da sich schon nach Ablauf dieser Periode ein ziemlich klares Bild abzeichnete. Man kann die wesentliche Reaktion auf die GI in folgenden Punkten zusammenfassen:

1. Das Totschweigen der GI bzw., da dies nicht vollständig möglich war, ihre Diffamierung als Propaganda.
2. Das »Hochfahren« traditioneller antikommunistischer Themen, die alle unter dem Oberbegriff »Bedrohungslegende« subsumiert werden können, um damit von der GI abzulenken und die Glaubwürdigkeit der sowjetischen Führung und ihrer Abrüstungsvorschläge zu unterminieren.

3. Der Versuch, ein Gegengewicht zur sowjetischen Abrüstungsbereitschaft zu bilden, indem die eigene Hochrüstungspolitik, vor allem SDI, mit Friedensdemagogie verschleiert und der GI ein Angebot zur Abrüstung gegenübergestellt wird, das vorwiegend propagandistischen Charakter hat.

In diesem Artikel soll am Beispiel des Umgangs mit der GI auch dargestellt werden, wie westliche Medien die Öffentlichkeit durch Informationsauswahl, bestimmte Sprachregelungen, assoziative Verknüpfungen etc. zu beeinflussen suchen.

I. Totschweigen der GI bzw. Diffamierung als Propaganda

Das Totschweigen einer politischen Initiative von der Bedeutung der GI läßt sich natürlich nicht absolut praktizieren. Aber wenn bei 24 Nachrichtensendungen eines Hörfunksenders pro Tag nur 3 eine Meldung über die GI bringen, noch dazu zu bestimmten, wenig hörerintensiven Zeiten und obendrein noch an vierter oder fünfter Stelle, so nähert sich der Übermittlungswert sehr stark dem Nullpunkt. In diesem Sinne wurde die GI v.a. in den ersten Wochen nach dem 15. Januar 1986 in den westlichen Medien totgeschwiegen. Eine differenzierte Diskussion über ihren Inhalt fand schon gar nicht statt. Dies wurde von Fritz Pleitgen anläßlich eines Berichtes aus Washington sogar wörtlich bestätigt, als er sagte, »wochenlang schien es, als seien die Gorbatschow-Vorschläge in Washington verschollen« (Tagesthemen 23.2.1986). Auch die positive Resonanz, die die GI in allen Teilen der Welt, v.a. in den neutralen Ländern, trotz aller Bemühung, sie totzuschweigen und herunterzuspielen auch bei großen Teilen der westlichen Bevölkerung gefunden hat, wurde systematisch ignoriert. Bezeichnend dafür, wie die GI heruntergespielt wurde, ist eine Meldung über die Ansichten der bundesdeutschen Regierung zur Abrüstungsbereitschaft der SU, in der als dritter oder vierter Satz der folgende auftauchte: »Gorbatschow hat u.a.(!) den Abbau der Nuklearwaffen innerhalb von 15 Jahren vorgeschlagen ...« (SFB-Nachrichten vom 22.1.1986)

Sowohl dieses »u.a.« wie auch die karge Zusammenfassung des Inhalts der GI unterschlagen deren Komplexität und bezweifeln damit auch indirekt die Ernsthaftigkeit dieser Abrüstungsinitiative. Ähnlich knapp faßt auch Dirk-Ludwig Schaaf die GI zusammen, wenn er sie in einem Bericht über die Erläuterung der GI durch den Abrüstungsbeauftragten der SU, Kwizinsky, in Bonn mit den Worten vorstellt: »Alle Atomwaffen sollen verschrottet werden ... Man hat jetzt viele Fragen, v.a. bezüglich der sowjetischen SS 20.« (Tagesthemen 24.1.1986)

Der Hinweis auf die SS 20 enthält zugleich einen indirekten Zweifel an der Ernsthaftigkeit der GI, denn auch die SS 20 gehören ja zu den Atomwaffen. Darüber hinaus ignorierte D.-L. Schaaf, daß gerade die Mittelstreckenraketen in der GI detailliert behandelt werden. Schließlich operiert er hier mit einem Bedrohungssymbol, womit die Zuschauer von der Abrüstungsbereitschaft der SU

abgelenkt werden sollen. Auf diese Taktik komme ich im nächsten Kapitel ausführlich zu sprechen. Die SS 20 war zu einem solchen Symbol von den Nato-Politikern anlässlich der Nachrüstungsdebatte aufgebaut worden, obwohl schon damals etwa Colin S. Gray, der Abrüstungsbeauftragte Reagans, bestritt, daß die neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen eine Antwort auf die sowjetische SS 20 seien. M. Kampelman setzt solchen Bemühungen, die GI zu entweichen, die Krone auf, wenn er mit dem Satz auf sie reagiert: »I always mistrust easy solutions to complicated problems.« (Ebd.)

Konnte man die GI also nicht völlig totschweigen, so mußte man sie als sowjetisches Propagandamanöver hinstellen. Dies wurde aber zunächst nicht explizit getan, da das einerseits den Verdacht erregt hätte, man sei selbst nicht ernsthaft an Abrüstung interessiert, andererseits wohl sofort den qualifizierten Protest einiger westlicher Abrüstungsexperten hervorgerufen hätte, wodurch eine öffentliche Diskussion um die GI heraufbeschworen worden wäre, die ja gerade vermieden werden sollte. Also wurde der Propagandavorwurf zunächst nur indirekt erhoben. Eine Methode, dies zu tun, besteht in einem alten rhetorischen Trick, den Gegner dadurch zu denunzieren, daß man ihn scheinbar vor Vorwürfen Dritter in Schutz nimmt, die man dadurch dem Zuhörer erst nahelegt. D.-L. Schaaf gibt in dem erwähnten Bericht hierfür ein Beispiel, wenn er sagt: »Bonn hütet sich, diesen Plan als Propagandamanöver abzutun.« (Ebd.) — Auch Reagan verwendet diesen Trick in einer Pressekonferenz, wenn er sagt: »Er glaube nicht, daß die SU eine Verzögerungstaktik anwende, um ein erneutes Gipfeltreffen zu umgehen ...« (Rias 12.2.1986)

Eine weitere Methode, den Propagandavorwurf in indirekter Form zu erheben, ist die immer wieder verwandte diplomatische Formel, ein bestimmter Abrüstungsvorschlag enthalte neben altbekannten auch einige neue Elemente, die man sorgfältig prüfen müsse etc. So spricht z.B. Volker Rühle, der Abrüstungsexperte der CDU, in einer Pressekonferenz von der Notwendigkeit, »die Spreu der Propaganda bei der GI vom Weizen zu trennen« (Tagesthemen 24.1.1986). Auch durch dieses Bild wird angedeutet, daß die Propagandafunktion bei der GI überwiegt, denn Spreu fällt in der Regel in höherer Quantität an als Weizen. Im übrigen gab es keine weitere Pressekonferenz von V. Rühle, in der er etwa über das Ergebnis einer Überprüfung der GI berichtet hätte.

Mit wachsendem zeitlichem Abstand vom Tag der Verkündung der GI wurde der Propagandavorwurf immer direkter erhoben. Hatte Fritz Pleitgen in den Tagesthemen vom 23. Februar 1986 noch davon gesprochen, daß »der Vorschlag ... Gorbatschows eine Mischung aus Effekthascherei und konkretem Angebot sei«, so sprach Peter Ellgaard in den Heute-Nachrichten vom 30.3.1986 von der GI als »fehlgeschlagener Initiative, die durch einen cleveren Einfall mit Pfiff [gemeint war die Verlängerung des einseitigen sowjetischen Atomteststopps; P.S.] kaschiert wird« (»Heute«, 30.3.1986). — Hier ist nichts mehr von der vor-

nehmen Zurückhaltung zu bemerken. Das ist ein Vokabular zur Beschreibung von Taschenspielertricks, nicht von Abrüstungsinitiativen.

II. *Die Bedrohungslegende in »neuen« Varianten*

Die zweite wesentliche Reaktion der westlichen Medien auf die GI bestand in einem umfassenden Ablenkungsmanöver von der in dieser Initiative dokumentierten Abrüstungsbereitschaft der Sowjetunion. Dies sollte durch das Aufwärmen klassischer antikommunistischer Themen aus dem Bereich der sog. »Bedrohungslegende« erreicht werden. G. Kade gibt in seinem Buch eine umfassende Darstellung dieser Legende, die schon so alt wie die SU selbst ist (I).

1. *Spaltungsversuche und »Dolchstoßlegende«*

Es war immer eine altbewährte Methode der politischen Propaganda, um so stärker die abstrakte Geschlossenheit eines Volkes oder eines Staatenbundes angesichts der fiktiven Bedrohung durch einen äußeren Feind zu beschwören, je weniger eine objektive Interessenübereinstimmung innerhalb dieser Gemeinschaft tatsächlich vorhanden ist. Anfang 1986 manifestierte sich diese fehlende Interessenübereinstimmung innerhalb der Nato deutlich am mangelnden Konsens in der Frage des amerikanischen SDI-Projektes, einmal ganz abgesehen von der ganzen militärischen Erstschlagsstrategie der USA, die die europäischen Verbündeten mitnichten als solche, sondern viel eher als Geiseln behandelt. Die GI mit ihren umfassenden Abrüstungsvorschlägen brachte die Argumentationsgrundlage für SDI zusätzlich ins Wanken. Schließlich ist kaum einzusehen, warum man zunächst einen Milliarden Dollar teuren Abwehrschirm im Weltraum installieren muß, in dessen »Schutz« angeblich die Atomraketen abgebaut werden sollen, wenn man den Abbau der Atomwaffen unmittelbar besorgen kann, wie dies die GI vorschlägt. Darüberhinaus bewirkt SDI geradezu eine Abkoppelung der Sicherheitsinteressen der USA von denen Europas, da es, wenn überhaupt, nur für das amerikanische Territorium funktionieren kann. Angesichts dieser objektiven Interessengegensätze zwischen den USA und ihren europäischen Verbündeten war in den Medien besonders häufig von »Geschlossenheit« und »Schulterschuß« einerseits und von »Spaltung« und »Zerreißprobe« andererseits die Rede. Da äußerte etwa der Oberbefehlshaber der Nato, General Rogers, am 11. Februar 1986 die Befürchtung, »der Streit um SDI könne zu einem Sprengsatz für das Bündnis werden«, und war besorgt über »Vorbehalte, falsche Verdächtigungen und Mißverständnisse bei Teilen der Verbündeten angesichts dieses Projektes«, wobei er die Haltung der Bonner Regierung ausdrücklich als »vorbildlich in dieser Frage« bezeichnete (SFB 11.2.1986). Bemerkenswert an dieser Aufzählung ist, daß »Vorbehalte« in einem Atemzug mit »falschen Verdächtigungen« und »Mißverständnissen« genannt werden nach dem Motto: Wer Kritik äußert, ist entweder ein Dummkopf oder ein Defätist. Hel-

mut Kohl stand denn auch nicht an, die guten Noten, die ihm von der Reagan-Administration ausgestellt wurden, zu bestätigen, als er am 20. Februar 1986 von der »Notwendigkeit einer geschlossenen Antwort des Westens auf die GI« sprach (Tagesthemen 20.2.1986). Diese abstrakte Geschlossenheit wurde mit der angeblich aufgezwungenen Blockdisziplin der Staaten des »Warschauer Pakts« begründet. So heißt es in einem Beitrag des »Heute-Journals« vom 19. März 1986 über ein Treffen dieser Staaten in der Hauptstadt Polens, daß sich die Repräsentanten der anderen sozialistischen Staaten bei diesem Treffen voll hinter die GI gestellt und keinerlei eigene Vorschläge gebracht hätten. Weiter heißt es:

»Die Blockdisziplin ließ kaum etwas anderes als eine strikte Unterordnung unter den Willen Moskaus erwarten (...) Dieses Treffen kann deswegen keine eigentliche politische Bedeutung haben« (Heute Journal 19.3.1986)

Zum einen wird hier vom Inhalt der GI abstrahiert und die Zustimmung der anderen sozialistischen Staaten als bloßer Akt der »Unterwerfung unter den Willen Moskaus« dargestellt, womit indirekt auch die GI diskriminiert wird, da kritiklose Unterwerfung nur dort stattfindet, wo Pläne oder Programme offensichtlich im Gegensatz zu den eigenen Interessen stehen und daher nicht motiviert übernommen werden können. Zum anderen wird daraus die angebliche Notwendigkeit der Unterstützung der Nato-Pläne abgeleitet und zugleich die Tatsache unterschlagen, daß diese Pläne tatsächlich eine kritiklose Unterwerfung verlangen, da etwa SDI und »Air land battle 2000« Europa zum Schlachtfeld eines Atomkriegs machen und deshalb kaum von den Menschen dieser Staaten ohne Druck übernommen werden dürften. Der Hintergrund solcher Appelle zur Geschlossenheit wurde schon im Jahre 1981 von C. Weinberger besonders deutlich formuliert. Er sagte damals in einem Spiegel-Interview:

»Die SU ist ein aggressiver, imperialistischer, repressiver Staat. Die Geschichte, besonders die russische Geschichte, kennt viele Beispiele solcher Regime. Wenn das Volk unruhig wurde, zettelten die Herrscher gemeinhin einen Krieg an, um das Volk wieder hinter sich zu bringen und von der Repression im eigenen Land abzulenken. Wir müssen sicherstellen, daß wir stark genug sind, die sowjetischen Oligarchen davon abzuhalten, an einen Angriff auf den Westen auch nur zu denken, der den durch das Scheitern ihrer Revolution entstandenen Druck mindern soll. Wir müssen sicherstellen, daß dieses sowjetische Imperium, wenn es denn aufgrund seiner eigenen Widersprüche zusammenbricht, das mit einem Winseln tut und nicht mit einem großen Knall.« (Zit. n. »Der Spiegel«, Nr. 40, 1981, S.150)

Übersehen wird, daß es die SU war, die in diesem Jahrhundert gerade auch von »deutschem Boden« aus bereits dreimal überfallen wurde. Darüberhinaus gibt es dokumentierte Pläne aus den Jahren 1945 bis 1950 für einen atomaren Erstschlag gegen die SU, auf die W. Sagladin in einem Spiegel-Interview von 1979 hinweist (II, S.87). Es sind auch heute noch die USA und die Natoländer, die nahezu beliebig Interventionsgebiete definieren, in denen sie ihre Interessen sichern müßten, u.a. auch, um damit von innenpolitischen Krisen abzulenken. In den zitierten Unterstellungen Weinbergers der SU gegenüber steckt Methode,

und zwar eine in der psychologischen Kriegsführung häufig angewandte: Sie besteht darin, dem Gegner die eigenen Motive und Handlungen zu unterschieben, um damit zugleich seine Kritik an der eigenen Politik als bloße Retourkutsche erscheinen zu lassen. Ein weiteres Beispiel für diese Methode bietet eine Erklärung des amerikanischen Präsidentensprechers, Speakes, welche die Tatsachen des Rüstungskontrollprozesses auf den Kopf stellt:

»L. Speakes äußerte seine Enttäuschung darüber, daß es bei den Rüstungskontrollgesprächen mit der SU keine Fortschritte gäbe. Der Sprecher des Weißen Hauses machte in Washington die SU dafür verantwortlich, die nach seinen Worten ihren Verpflichtungen nicht nachkommt, die Parteichef Gorbatschow bei seinem Treffen mit Präsident Reagan im November in Genf eingegangen ist ... Es sagte, die westliche Allianz habe große Zugeständnisse gemacht. Der Osten habe darauf mit nicht annehmbaren Gegenvorschlägen reagiert ...« (SFB 20.3.1986)

Die Appelle zur Bündnistreue haben innerhalb der Nato genau den Zwangscharakter, den man der »Blockdisziplin« der sozialistischen Länder unterstellt: Wer aus diesem Konsens ausschert, wird als »Vaterlandsverräter«, »fünfte Kolonne Moskaus« etc. verdächtigt. Neben den kommunistischen Parteien, die dieser Diffamierung permanent unterliegen, sind gerade die SPD und die Grünen in Zeiten der sich verschärfenden Krise des Kapitalismus davon betroffen. So wird etwa der Vorschlag O. Lafontaines, aus dem militärischen Teil der Nato auszuschneiden, von den konservativen Parteien nicht nur nicht diskutiert, sondern mit Formulierungen wie »mangelnde Bündnistreue«, »Neutralismus« etc. von vornherein für indiskutabel erklärt (Heute 24.3.1986).

2. *Militärisch-technologische Überlegenheit der SU*

Ein wesentlicher Bestandteil der Bedrohungslegende ist die Behauptung von der sowjetischen militärisch-technologischen Überlegenheit oder zumindest der forcierten Vorrüstung, auf die dann die entsprechende Nachrüstung der westlichen Seite folgen müßte. Der Nachweis, daß es sich dabei ausschließlich und zu allen Zeiten um eine Zweckbehauptung gehandelt hat, ist schon oft genug auch von westlichen Militärexperten erbracht worden. Es sei hier nur erwähnt, daß die USA bei allen rüstungstechnologischen Neuerungen seit 1945 vorrüsteten und die SU teilweise erst viel später nachzog. Dabei zeichnet sich die Nato-Argumentation durch Widersprüchlichkeit aus: Einerseits behauptet man die technologische Überlegenheit der SU, um damit die eigene Aufrüstung zu rechtfertigen, andererseits redet man ständig von einer technologischen Rückständigkeit der SU, um damit die Unterlegenheit des gesellschaftlichen Systems zu demonstrieren und den eigenen Hegemonieanspruch zu legitimieren. Aus diesem Widerspruch versucht man sich zu retten, indem man vor allem auf die angebliche Überlegenheit der sozialistischen Staaten im konventionellen militärischen Bereich hinweist. Das bietet sich um so eher an, als die GI sich überwiegend auf den Abbau der Atomwaffen konzentriert. Zum anderen läßt sich wieder einmal die Angst der Westeuropäer vor den »russischen Panzern am Rhein« schüren. So

meldete der SFB am 12. Februar 1986, Minister Wörner habe in der Zeitschrift »Strategic Review« geäußert, die SU arbeite unverändert darauf hin, einen Sieg mit konventionellen Waffen zu erringen, und er sprach dabei von einer »besorgniserregenden sowjetischen Aufrüstung mit konventionellen Waffen«. Dabei wird unterschlagen, daß die SU in der GI auch Vorschläge zur Abrüstung im konventionellen Bereich gemacht hat. Auf die Uninformiertheit der eigenen Bevölkerung über die GI vertrauend, begründet M. Thatcher ihre offizielle Ablehnung der GI vom 11. März 1986 v.a. mit einem »Ungleichgewicht in der konventionellen Rüstung« (Rias 11.3.1986). Gerade in der Frage der Militarisierung des Weltraums gerieten die Anhänger von SDI durch die GI in Argumentationsnot. Also konstatierte man auch auf diesem Gebiet einen Vorsprung der SU, indem man darauf verwies, daß die SU bereits seit 20 Jahren ein Raketenabwehrsystem besitze, womit sie auch als erste den ABM-Vertrag von 1972 (Anti-Ballistic-Missiles) verletzt habe. Die Reagan-Administration spielt hier auf das in den 60er Jahren gebaute »Galosh«-System rund um Moskau an. Sie unterschlägt dabei, daß es sich bei »Galosh« um genau das eine landgestützte und ortsfeste Raketenabwehrsystem, das der ABM-Vertrag beiden Seiten zugesteht, handelt. Auch die Amerikaner hatten bis zum Jahre 1975 ein ähnliches System in Grand Forks, welches sie jedoch aus Kostengründen aufgaben (III). Ähnliche Unterschlagungen und Verdrehungen leisteten sich auch die bundesdeutschen Medien in dem hier untersuchten Zeitraum, um auf dem Gebiet der Weltraumrüstung eine neue Bedrohungslegende zu konstruieren.

So zitierten etwa die ARD-Tagesthemen den Verteidigungsminister der SU, Sokolow, mit den Worten, »die SU habe noch auf jede Herausforderung eine passende Antwort gefunden. Das würde ihr auch im Falle von SDI gelingen« (Tagesthemen 28.2.1986). Die hier zitierte Passage aus einer Rede Sokolows auf dem 27. Parteitag der KPDSU hatte in Wirklichkeit folgenden Wortlaut:

»Die SU hat auf jede Herausforderung immer die entsprechende Antwort gefunden. Wenn man uns erneut zwingen sollte, werden wir auch eine effektive Antwort auf dem Gebiet der kosmischen Rüstung finden. Aber das wird nicht auf unseren Wunsch geschehen«. (zit. nach »Die Wahrheit« vom 3.3.1986)

Das von der ARD gebrachte Statement wirkt im Gegensatz zur tatsächlichen Äußerung durch Weglassen eines Satzes und die direkte Erwähnung von SDI wie das streitlustige Aufheben eines Fehdehandschuhs. Demgegenüber beinhaltet das tatsächliche Statement zwar eine Warnung, macht aber deutlich, wie sehr sich die SU gegen die Entwicklung der Militarisierung des Kosmos wehrt.

Man bemühte sich auch, die Erfolge der friedlichen sowjetischen Raumfahrttechnik in eine potentielle Bedrohung umzudeuten, um damit SDI zu rechtfertigen. Ein Bericht von P. Bauer über die Arbeiten an der sowjetischen Raumstation »MIR« gibt hierfür ein Beispiel. Er hatte folgenden Wortlaut:

»Mit dem Namen MIR, das heißt Frieden, soll gezeigt werden, wie es in Moskau offiziell heißt, daß das sowjetische Weltraumprogramm nur friedlichen Zwecken diene, im Gegensatz

zu Reagans Sternkriegsprojekt SDI ... Der Start von Sojus T 15 wurde zum ersten Mal direkt im Fernsehen übertragen, was zeigt, wie sicher und routiniert die sowjetische Weltraumfahrt geworden ist ... Es handelt sich hier um die dritte Generation sowjetischer Orbitalkomplexe ... Die SU will in absehbarer Zeit von bloßen Untersuchungen und Experimenten zu umfassender Produktionstätigkeit im Weltraum übergehen ... und alles nur zu friedlichen Zwecken, wie immer wieder betont wird. Gleichzeitig berichtet das sowjetische Fernsehen mit nie gekannter Häufigkeit über das Desaster mit Challenger ...« (Wochenspiegel 23.3.1986)

Die Parallele zu SDI wird hier zwar nicht direkt gezogen, sie wird aber durch Formulierungen wie »Sternkriegsprojekt SDI« und »Desaster mit Challenger« assoziativ hergestellt. Dabei geht man, so der Bericht, bei der sowjetischen Raumfahrttechnik schon von »bloßen Untersuchungen und Experimenten zu umfassender Produktionstätigkeit über«, während die Reagan-Administration immer betont, daß es sich bei SDI nur um ein »Forschungsprojekt« handle. Die Halbsätze, »wie es in Moskau offiziell heißt«, oder »zu friedlichen Zwecken, wie immer wieder betont wird«, vermitteln dem Zuschauer, daß es sich bei der Namensgebung der Raumstation um bloße Friedensdemagogie handelt. Die Bezeichnung von SDI als »Sternkriegsprojekt« im gleichen Satz erscheint ebenfalls als offizielle Verlautbarung Moskaus. So wird dem Zuschauer nahegelegt, es handle sich bei einer solchen Bezeichnung des SDI-Projekts um eine »kommunistische Propagandaformel«. Er wird gewissermaßen gegen den Terminus »Sternkriegsprojekt« immunisiert.

3. *Berichte aus dem »Reich des Bösen«:*

Menschenrechtskampagne und neuer »Stalinismus«

Ein zweites wesentliches Element der Bedrohungslüge ist die Verleumdung, ja Verteufelung der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Auch dies hat Tradition, wie schon Hitlers Äußerung über den »Bolschewismus« als der »Inkarnation des Zerstörungstriebes« zeigt. Dabei spielen zwei Themen eine zentrale Rolle: Die Menschenrechts- bzw. Dissidentenfrage und die Frage der politischen Organisation in der SU. Auch diese Themen hatten in dem hier untersuchten Zeitraum die Funktion, von der Abrüstungsbereitschaft der SU abzulenken bzw. die Glaubwürdigkeit der sowjetischen Führung zu unterminieren. So ist es sicher kein Zufall, daß die CDU/CSU-Fraktion ausgerechnet der Bundestagsdebatte über das Atomtestmoratorium der SU am 23. Januar 1986 eine Debatte über die »Menschenrechtssituation im Ostblock« voranstellte (Rias 23.1.1986). Am 24. Dezember 1986 wurde in den SFB-Nachrichten der sog. Menschenrechtsbericht des US-Außenministeriums mit den folgenden Worten vorgestellt.

»Nach einem Bericht des amerikanischen Außenministeriums sind Menschenrechtsverletzungen insbesondere in Chile, El Salvador, Südafrika, auf den Philippinen und in der SU festzustellen. In dem Menschenrechtsbericht, der in Washington veröffentlicht wurde, heißt es, Chile sei weiterhin das Land Südamerikas, wo es die meisten Verstöße gäbe. Allerdings seien die Beschwerden über Folterungen in der zweiten Jahreshälfte 1985 zurückgegangen. In El Salvador werden dem Bericht zufolge durchschnittlich 29 politische Morde in jedem Monat

verübt. In Südafrika sei die weiße Minderheitsregierung für die meisten Todesfälle und Gewalttaten verantwortlich ... Im Kapitel über die Philippinen [noch unter Marcos; P.S.] wird von ernststen Verstößen, aber auch positiven Veränderungen gesprochen. In der SU werden laut Bericht nicht einmal die elementarsten Menschenrechtsnormen eingehalten«. (SFB 14.2.1986)

Die SU wird hier nicht nur in eine Reihe mit Regimes gestellt, in denen Folterungen und Massaker an der Zivilbevölkerung an der Tagesordnung sind, und die im übrigen alle von der US-Administration unterstützt werden. Durch die Art der Formulierung enthält diese Aufzählung auch eine implizite Bewertungsskala der Menschenrechtsverletzungen. Dabei wird der SU das »non plus ultra« der Menschenrechtsverletzungen durch die ebenso unbestimmte wie unbelegte Formulierung, dort würden »nicht einmal die elementarsten Menschenrechtsnormen eingehalten«, zugewiesen. Was sind dagegen schon die »ernststen Verstöße« auf den Philippinen, die »Todesfälle« in Südafrika, dessen rassistisches Regime als »Minderheitsregierung« bezeichnet wird, also sprachlich etwa mit der dänischen Regierung gleichgesetzt wird, oder die »Beschwerden über Folterungen« in Chile. Darüber hinaus wird die ohnehin schon verhaltene Anklage gegen diese Regimes noch einmal abgeschwächt durch die Erwähnung angeblicher positiver Tendenzen, oder dadurch neutralisiert, daß man, wie etwa bei El Salvador, die Gewalt zu gleichen Teilen von Junta und Guerrilla ausgehen sieht. Bei der SU gibt es derartige »positive Veränderungen« nicht zu vermelden. Sie erscheint so tatsächlich als der »Hort des Bösen«, der möglich noch mehr oder weniger direkt für die Gewalt in anderen Ländern verantwortlich ist.

Dieser Eindruck, daß es sich bei der SU um ein nicht reformierbares unmenschliches Gesellschaftssystem handle, wird in der westlichen Öffentlichkeit noch verstärkt durch Berichte über die politische Organisation in der SU, in denen antikommunistische Klischees, etwa das von der angeblichen Machtbesessenheit der Parteifunktionäre, vorherrschen. Dabei ist das Bild, das die hiesigen Medien von M. Gorbatschow zeichnen, von besonderem Interesse, werden die Abrüstungsvorschläge doch mit seinem Namen verbunden. Einmal ganz abgesehen davon, daß man den Vorsitzenden des ZK der KPDSU generell als »Partei-*chef*« oder »Kreml*chef*«, bisweilen sogar als »Kreml*boß*« tituliert, während man Rassisten wie Botha oder Diktatoren wie Tschon ehrerbietig als »Staatspräsidenten« bezeichnet, hat man für M. Gorbatschow ein altbewährtes Zerrbild gefunden: Wurden die vorherigen Generalsekretäre ihres Alters wegen zumeist als senile, dogmatische Starrköpfe dargestellt, so nützte man für den jüngeren Gorbatschow das Feindbild des Stalinismus. Es schien die Losung ausgegeben worden zu sein, alle politischen Phänomene, die mit ihm in Verbindung stehen, vor allem den 27. Parteitag der KPDSU, so darzustellen, als ob M. Gorbatschow sich zwar konzilient und friedlich gebe, in Wirklichkeit aber mit eiserner Hand und kaltblütiger Härte seine Macht ausübe. So äußerte L. Lehmann in einem Bericht über den Parteitag:

»Schon in den ersten Minuten seiner Rede war der Generalsekretär zum innenpolitischen Kern seiner Sache gekommen: Kritik an der Vergangenheit ... Der Name wird nicht genannt. Doch jeder weiß, es ist die Abrechnung mit der Breschnew-Periode, die hier vollzogen wird. Der Personalwechsel an der Parteispitze, in der Regierung und in den Republiken ist weitgehend abgeschlossen. In der nächsten Woche, so vermutet man, wird der Parteitag auch etwa die Hälfte der Mitglieder des ZK austauschen ...« (Tagesschau 24.2.1986)

Abrechnung und Köpferollen kennzeichnet also die neue Ära, und das durchaus im wörtlichen Sinne, wie der detaillierte Bericht der ARD am 19. Februar 1986 über die Aburteilung einer sog. »Rostowbande« zeigen sollte (Fabrikdirektoren und Abteilungsleiter werden wegen Korruption und Schieberei zum Tode verurteilt). Ein weiterer Parteitagsbericht von P. Bauer enthielt folgende Passagen:

»Acht volle Tage haben die rund 5000 Delegierten oft viele Stunden ausgehalten und geduldig Beifall geklatscht. Die sowjetischen Medien sprachen von kritischen Tönen ... doch die kamen allenfalls von oben. (...) Bei der Bevölkerung fand v.a. ein von Gorbatschow ausgegrabenes Lenin-Zitat Zustimmung: Kommunisten brauchten immer und unter allen Umständen die Wahrheit. Gorbatschows Befürwortung von mehr Publizität ... v.a. in der Basis, dort, wo der Mensch lebt und arbeitet, wurde von vielen wörtlich genommen ... Allzuviel Hoffnung war letzten Freitag vom KGB-Chef gedämpft worden. Seine Mitteilung, daß in jüngster Zeit ... eine Reihe von Agenten entlarvt und ... hingerichtet worden seien, ließ hieran längst vergangene Zeiten zurückdenken. Viel zuviel Offenheit, kritische Berichte im Fernsehen und in den Zeitungen wurden gerügt ...« (Wochenspiegel 9.3.1986)

Der Bericht versucht hier, den Anspruch von M. Gorbatschow nach mehr kritischer Offenheit als überwiegend propagandistisch darzustellen, der mehr in der Absicht, Popularität bei den Menschen im kapitalistischen Ausland durch Annäherung an deren Wertvorstellungen zu gewinnen, gestellt wurde, als mit dem Ziel, in die Tat umgesetzt zu werden. Der KGB-Chef holte die Delegierten in die Realität des sowjetischen Alltags zurück, indem er das »Wörtlichnehmen« der Versprechen Gorbatschows mit harten Strafen bedrohte.

4. Regionale Konflikte, internationaler Terrorismus und Afghanistanfrage

Vor allem die Kampagne um den sog. »Internationalen Terrorismus«, aber auch die Sprachregelung »regionale Konflikte« wurden im ersten Quartal '86 verstärkt. Die USA selbst provozierten hierfür zum Teil die Anlässe, wie etwa die Vorfälle vor der Küste Lybiens. Daß man damit auch die Friedensbereitschaft der SU diskreditieren wollte, indem man eine Bedeutungsgleichheit bzw. eine kausale Beziehung zwischen »Kommunismus« und »Terrorismus« konstruierte, zeigen die direkten Verknüpfungen der Konflikthanlässe mit der SU. Da wurden etwa anlässlich der Manöver der US-Flotte in der Großen Syrte im Januar 1986 in den Tagesthemen Satellitenfotos des amerikanischen Geheimdienstes von sowjetischen Raketenbasen mit SAM-5-Raketen gezeigt, die in Lybien stationiert sein sollen, und mit der Aussage kommentiert, »Korrespondenten sehen darin einen Beweis für die Zusammenarbeit und Mitwirkung der SU am internationalen Terrorismus« (Tagesthemen 24.1.1986).

Einen Tag später brachte die Tagesschau die alarmierende Meldung: »Die SAM-5-Raketen sind offenbar schon einsatzbereit.« (Tagesschau 25.1.1986) Auch den Stellvertreterkrieg, den die Reagan-Administration gegen Nicaragua führen läßt, versucht sie mit der Theorie von der »kommunistischen Weltverschwörung«, deren Handlanger die Sandinisten seien, zu rechtfertigen. Das zeigt eine Erklärung des amerikanischen Präsidenten zur Lage in Nicaragua, die am 19. März 1986 im ARD-Fernsehen gesendet wurde:

»Die Militärhilfe für die Contras sollte verhindern, daß die SU einen Brückenkopf in Mittelamerika errichten könne. Die USA würden nicht nur von Nicaragua bedroht, sondern von jenen, die das Land als Platz für ihren Kampf gegen die USA benutzten. Ohne eine Militärhilfe für die Contras könnten die SU und Kuba zur dominierenden Macht in Mittelamerika werden. Weiter beschuldigte Reagan Managua, Nicaragua in einen Kommandoposten des internationalen Terrorismus zu verwandeln. Die Sandinisten hätten Terrorakte in Honduras, Costa Rica, El Salvador und Guatemala angestiftet. Reagan wiederholte den Vorwurf, die sandinistische Regierung sei in illegalen Drogenhandel verstrickt und gefährde dadurch die Sicherheit des Westens. Er forderte dazu auf, die Bösartigkeit Managuas nicht zu übersehen, damit sie nicht zu einer tödlichen Bedrohung der ganzen Welt würde.« (Tagesschau 19.3.1986)

Diese Erklärung besteht aus einer Aneinanderreihung von Unterstellungen, die samt und sonders auf ihren Urheber zurückfallen, angefangen von dem Bestreben, sich Mittelamerika als »Hinterhof« zu sichern, bis zur Ausnützung des illegalen Drogenhandels für die Unterstützung der Contras. Diese von antikommunistischen Klischees geprägte Sichtweise des weltpolitischen Geschehens dient ihrerseits wieder dazu, konkrete Abrüstungspläne der SU zurückzuweisen. M. Thatcher demonstriert dies, als sie die GI am 11. März 1986 offiziell ablehnt, u.a. mit dem Hinweis, daß »Abrüstungsvereinbarungen mit der SU ... auch die Frage der regionalen Konflikte mit einbeziehen müßten« (Rias 11.3.1986).¹

Auch das Thema Afghanistan wurde, wie schon 1980, als es mit zur Rechtfertigung der »Nachrüstung« diente, im ersten Quartal 1986 in den Medien »hochgefahren«, um die GI abzublocken und die eigene Aufrüstung als sicherheitspolitisch notwendig darzustellen. Dabei wird immer wieder von der Vorgeschichte des Einmarsches der sowjetischen Truppen abstrahiert, um diesen als Beispiel eines angeblichen »sowjetischen Expansionismus« darzustellen. Es ist sicherlich kein Zufall, daß am 19. und 20. März 1986, kurz bevor der erste amerikanische Atomversuch jenes Jahres in der Wüste von Nevada gezündet wurde und darüber hinaus die Unterzeichnung des SDI-Abkommens durch die bundesdeutsche Delegation anstand, vom Auswärtigen Ausschuß des Bundestags ein

1 Die New York Times vom 20.1.87 bringt auf ihrer Titelseite folgende Meldung: »Beamte der Administration erklären heute, daß amerikanische Drogenfahnder im letzten Herbst Beweise dafür gefunden hätten, daß die amerikanischen Flugbesatzungen, die heimlich die nicaraguanischen Rebellen mit Waffen belieferten, auf ihren Rückflügen Kokain und andere Drogen in die USA schmuggelten.« Die Beamten sagten, daß, als die Besatzungsmitglieder von der Untersuchung ihrer Aktivitäten durch Drogenfahnder auf ihrer Basis in El Salvador erfuhren, einer von ihnen die Warnung aussprach, sie stünden unter dem Schutz des Weißen Hauses. (Übersetzung d.Verf.)

sogenanntes Afghanistan-Hearing veranstaltet wurde. Über dieses Hearing wurde in den Medien ausführlich berichtet und »aus aktuellem Anlaß« eine Programmänderung in der Matinee der ARD vorgenommen: Eine Reportage über die Armut alter Menschen in der BRD wurde aus dem Programm genommen und dafür eine Reportage über Afghanistan mit dem Titel »Der vergessene Krieg« gesendet (ARD 23.3.1986).

III. *Friedensdemagogie*

Die Bemühungen, die GI totzuschweigen, zu entwichtigen und in ihrer Aussage in Zweifel zu ziehen, hatten offenbar nicht den gewünschten Erfolg. Zu sehr hatte die »atemberaubende Perspektive« (E. Bahr) dieses Abrüstungsprogramms der Friedensbewegung auf der ganzen Welt Auftrieb gegeben und es den Natostrategen schwierig gemacht, ihre eigene Hochrüstung als sicherheitspolitisch notwendig zu verkaufen. Die Öffentlichkeit in diesen Ländern war ohnehin mißtrauisch geworden gegenüber Slogans ihrer Regierenden wie »Frieden schaffen mit immer weniger Waffen« angesichts der erfolgten Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen und der bundesdeutschen Unterschrift unter das SDI-Projekt. Unverblümete Äußerungen der Reagan-Administration, wie etwa die berüchtigte von A. Haig, es gäbe Wichtigeres als den Frieden, verstärkten dieses Mißtrauen noch. Schließlich hatte auch Hitler seine Aufrüstungs- und Kriegspläne hinter allgemeiner Friedensdemagogie versteckt. So hatte er am 10. November 1938 vor der deutschen Presse erklärt:

»Die Umstände haben mich gezwungen, jahrzentlang fast nur von Frieden zu reden. Nur unter der fortgesetzten Betonung des deutschen Friedenswillens ... war es mir möglich, dem deutschen Volk Stück für Stück ... die Rüstung zu geben, die immer wieder für den nächsten Schritt als Voraussetzung notwendig war ...« (I, S.115)

Derart von den konkreten sowjetischen Abrüstungsforderungen in die Enge getrieben, sahen sich die Natostrategen gezwungen, zum einen ihre generelle Abneigung gegen einen Kurs der Entspannung noch stärker mit friedensdemagogischen Ausflüchten zu verstecken. Sie waren also überwiegend damit beschäftigt, die Friedensoffensive der sozialistischen Länder abzuwehren, ohne dabei den Schein eigener Verhandlungsbereitschaft einzubüßen. Da dies angesichts der wachsenden Bewußtheit der Friedensbewegung nicht ausreichte, sah man sich zum anderen genötigt, zum Schein auf die GI einzugehen und ein Gegenangebot zur Abrüstung zu machen, welches die GI in ihrer Wirkung »neutralisieren« sollte. Dies wurde von Reagan am 22. Februar 1986 getan. Eine Methode, sich den konkreten Forderungen der GI zu entziehen, besteht darin, konkrete Abrüstungsschritte, die von den sozialistischen Ländern angeboten werden, mit dem Argument abzulehnen, man plädiere statt dessen für umfassende weltweite Friedenslösungen. Man mutet der Bevölkerung dabei das Paradoxon zu, daß man Schritte in Richtung auf ein Ziel nicht unternehmen kann, ohne vorher das

Ziel erreicht zu haben. Diese Taktik zeigte sich bei der ablehnenden Haltung der Wendekoalition gegenüber dem sowjetischen Atomtestmoratorium in der Bundstagsdebatte vom 23. Januar 1986, von der der Rias berichtete, »ein Teststopp dürfe nicht isoliert gesehen werden, sondern nur im Rahmen einer drastischen Reduzierung der Waffen in allen Bereichen« (Rias 23.1.1986). Hier wurde noch dazu so getan, als hätte die SU nicht genau dies in der GI vom 15. Januar 1986 angeboten. Auch die Ablehnung des Vorschlags der SU durch Washington, ein Zwischenabkommen über die Nichtweitervergabe chemischer Waffen zu treffen, ist nach dem gleichen Muster gestrickt:

»Das amerikanische Außenministerium erklärte zu entsprechenden Anregungen des sowjetischen Parteichefs Gorbatschow, vorrangiges Ziel der Vereinigten Staaten sei weiterhin das vollständige und weltweite Verbot aller chemischen Waffen. Dies sei nach Auffassung der US-Regierung die einzige Lösung, um die bereits vorhandenen chemischen Waffen zu beseitigen, ihren Einsatz unmöglich zu machen und ihre Weitergabe zu verhindern.« (SFB 13.2.1986)

Wie die amerikanische Regierung dieses »vorrangige Ziel« zu erreichen gedenkt, demonstrierte sie drei Monate später mit dem Beschluß zur Produktion und Stationierung neuer (binärer) chemischer Waffen. Die ganze Widersprüchlichkeit der Natoargumentation wird deutlich durch das erwähnte Gegenangebot Reagans vom 22. Februar 1986, das nur einen Teilbereich der atomaren Rüstung, nämlich die Mittelstreckenraketen, behandelte. Es stellte also im Sinne der Natoargumentation eigentlich einen Rückschritt gegenüber der umfassenderen GI dar. Dennoch befürwortete der Staatsminister im Auswärtigen Amt der BRD, Möllemann, die Reagan-Initiative mit den Worten, »man solle jetzt das praktisch Mögliche nicht durch Maximalforderungen gefährden« (Tagesthemen 23.2.1986).

Damit argumentierte er genau entgegengesetzt zu den ständigen Forderungen nach Gesamtlösungen. Reagan bot in dieser Initiative den völligen Abbau der Mittelstreckenraketen in Europa binnen drei Jahren an, was auch die GI u. a. vorgeschlagen hatte. Daneben verlangte er aber von der SU auch noch den Abbau ihrer in Asien stationierten Mittelstreckenraketen, wobei ignoriert wurde, daß diese ein Gegengewicht zu den amerikanischen U-Bootraketen im japanischen Meer darstellten. Es wurde die Tatsache unterschlagen, daß die SU an allen Flanken von amerikanischen Mittelstreckenraketen bedroht wird, während schon die Stationierung einiger sowjetischer Raketen auf Kuba im Jahre 1962 die Welt an den Rand eines Atomkriegs gebracht hatte. Die Reagan-Initiative lief also auf eine einseitige Entwaffnung der SU hinaus, und es ergab sich auch aus dem Hochrüstungskurs der Nato zwingend, daß diese Initiative inhaltlich so gestaltet sein mußte, daß sie für die SU nicht akzeptabel sein konnte. Dieses Vorgehen hat Methode und wurde schon bei der Reaganschen Nulllösung von 1981 praktiziert, deren relativ simpler Trick darin bestand, daß sie sich nur auf landgestützte Raketen bezog und ignorierte, daß die Natostreitkräfte damals die überwiegende Anzahl ihrer Raketen in Europa auf U-Booten stationiert hatten.

Die Fadenscheinigkeit des Reagan-Vorschlags war so offensichtlich, daß selbst westliche Medien sich nicht zu einer uneingeschränkten Lobpreisung hergeben mochten. Man zog sich aus diesem Dilemma auf das Terrain der »Supermachttheorie« (IV) zurück, das Äußerste an Meinungsfreiheit, das dem politischen Opportunismus hierzulande zugestanden wird. So kommentierte F. Pleitgen das Reagan-Angebot folgendermaßen:

»Wochenlang schien es, als sei Gorbatschows letzter Abrüstungsvorschlag im Weißen Haus verschollen. Nun plazierte der amerikanische Präsident nach kontroversen Diskussionen in seinem Beraterkreis Washingtons Antwort publikumswirksam zu Beginn des Parteitages in Moskau. Reagans Vorschlag ist wie der von Gorbatschow eine Mischung aus Effekthascherei und konkretem Angebot. Das Schwergewicht der umfassenden und detaillierten Antwort liegt ... auf den atomaren Mittelstreckenwaffen ... Im Weißen Haus ist man ganz zufrieden mit der Antwort an Gorbatschow. Sie brächte einerseits die Sowjets im Wettbewerb um die Weltmeinung in die Defensive. Zugleich wäre sie ein guter Schrittmacher für ein substantielles Gipfeltreffen zwischen Reagan und Gorbatschow.« (Tagesthemen 23.2.1986)

Welch gelungener Balanceakt auf dem Drahtseil journalistischer Meinungsfreiheit! Man darf ruhig von »Effekthascherei« in Verbindung mit einer amerikanischen Abrüstungsinitiative sprechen, wenn man als selbstverständlich voraussetzt, daß dies bei der GI genauso ist. Unter dem Schein von Ausgewogenheit wird hier also eine echte »umfassende und detaillierte« Abrüstungsinitiative, nämlich die sowjetische, diffamiert, in dem sie mit der offensichtlichen Propagandainitiative Reagans auf eine Stufe gestellt wird. Die primäre Funktion des Reagan-Angebots wird zwar offen beim Namen genannt (Wettbewerb um die Weltmeinung), der im selben Atemzug der anderen Großmacht unterstellt wird. Wie ein derartiges Propagandamanöver zugleich ein »guter Schrittmacher« sein sollte für ein »substantielles Gipfeltreffen«, blieb F. Pleitgens Geheimnis.

Schluß

Solche medienpolitische Manipulation, wie ich sie im Umgang mit der GI aufzuzeigen versucht habe, ist im allgemeinen nicht dem Zufall oder dem einzelnen Journalisten und Kommentator überlassen, sondern systematisch organisiert. Umfassendes Material hierzu findet man in »Psychologischer Krieg gegen Frieden« von G. Grasnick und H. Pirsch (V), sowie in »Unheimlich zu Diensten« von E. Spoo und E. Jürgens (VI). Dort wird der Zusammenhang gerade auch zwischen der Rüstungsindustrie und den Medien aufgewiesen. Dabei gibt es, wie diese Autoren darstellen, für die Rüstungsindustrie verschiedene mehr oder weniger direkte Wege der Einflußnahme auf die Berichterstattung in den Medien: Dies beginnt mit der unmittelbarsten Form der Meinungsmanipulation über private Rundfunk- und Fernsehanstalten, welche sich im Besitz der großen Elektronikkonzerne befinden, die wiederum fest im Rüstungsgeschäft verankert sind. Es setzt sich fort mit der direkten Einflußnahme des militärisch-industriellen Komplexes auf die Medienpolitik und endet mit dem Mißbrauch der Medien

durch die Geheimdienste. Dieser spezifische Mißbrauch besteht, wie Spoo und Jürgens darstellen, in der Kompromittierung von Redakteuren und Journalisten bis hin zu ganzen Verlagsgesellschaften und Journalistengewerkschaften durch die Geheimdienste. Unbequeme und kritische Journalisten werden von den Geheimdiensten diffamiert und denunziert. Das geht bis zur Vernichtung der beruflichen Existenz. Aus diesen Gründen ist es für den einzelnen Journalisten schwierig, sich dem Zwang, vorgegebene medienpolitische Strategien mitzutragen, zu entziehen. Die Reaktion auf die GI hat einmal mehr gezeigt, daß diese Strategien darauf angelegt sind, die historische Chance einer weltweiten nuklearen Abrüstung zunichte zu machen.

Literaturverzeichnis

- I Kade, G., 1980: Die Bedrohungslüge, Köln
- II Matthiesen, G./Kade, G., 1979: »Nachrüsten«, Vorrüsten oder Abrüsten?, Köln
- III Schoenefeld, H., ABM kontra SDI, in »Konsequent« 4/1986 82-94, West-Berlin
- IV H.-Osterkamp, U., 1985: Psychologisierung der Friedensfrage und »Supermachttheorie«, in FKP 16, 7-27, West-Berlin
- V Grasnick, G./Pirsch, H., 1984: Psychologischer Krieg gegen Frieden, Berlin (DDR)
- VI Jürgens E./Spoo E. (Hrsg.), 1986: Unheimlich zu Diensten, Göttingen